

„Meine Sorgen möchte ich haben!“ Und darum geht es wirklich:

Die internationale Politik streitet um Varianten der Abschottung.

Dass es womöglich Angela Merkels letzter offizieller Auftritt auf Brüsseler Bühne werden könnte, dürfte allen Teilnehmern bewusst sein. Den meisten scheint der Gedanke angesichts der schwierigen Großwetterlage durchaus Sorge zu bereiten. Beobachter sprechen denn auch doppeldeutig von der "Mutter aller Gipfel". Sie rechnen mit einer langen Nacht und hitzigen Debatten.

Ein Ergebnis im Sinne der Kanzlerin, sprich eine "europäische Lösung" zum humanen und solidarischen Umgang mit Migranten, ist nicht garantiert. Luxemburgs Premier Xavier Bettel rückt die Dinge aus Sicht der Nachbarn zurecht: "Es geht hier nicht ums Überleben einer Kanzlerin, es geht hier um die Zukunft einer gemeinsamen Immigrations- und Asylpolitik in Europa".

Kanzlerin Merkel selbst und gut informierte Diplomaten in Brüssel verbreiten vorsichtig Zuversicht, dämpfen aber zugleich Erwartungen an irgendeine Art von Befreiungsschlag. Den "großen Durchbruch" im Asylkonflikt, gar die Klärung aller Streitfragen bis hin zum besonders heiklen Thema der Verteilung, werde es nicht geben. Aber das hatte sich beim sogenannten Mini-Gipfel vor vier Tagen ja auch schon abgezeichnet. "Ruhig bleiben und weitermachen", lautet anscheinend die Devise.

Immerhin fünf von sieben Punkten zur Reform des gemeinsamen Asylrechts seien so gut wie abgehakt, wird in deutschen Regierungskreisen betont. Die Gespräche mit anderen EU-Staaten seien "ermutigend". Man sei sich einig, dass die illegale Migration reduziert werden solle und dass die Grenzen geschützt werden müssten, sagte Merkel.

Auf Druck Berlins wurde bis zuletzt intensiv an einer konsensfähigen Abschlusserklärung gefeilt. Das Ziel: diejenigen EU-Regierungen wieder einzufangen, die eine härtere Gangart fordern und, wie Bundesinnenminister Horst Seehofer, mit nationalen Alleingängen drohen.

Laut dem nun vorliegenden Entwurf wollen die 28 den Akzent stärker auf Abschottung, sprich auf den Schutz der Außengrenzen legen. Ein schnellerer Ausbau der europäischen Grenzschutzagentur Frontex auf bis zu 10.000 Mann wird ausdrücklich begrüßt. Außerdem wird auf Vorschlag von Ratspräsident Donald Tusk über Aufnahmezentren für gerettete Mittelmeer-Flüchtlinge außerhalb der EU diskutiert. Angestrebt werden Abkommen mit Drittstaaten, nach dem Vorbild des Türkei-Deals vom Frühjahr 2016.

Holger Romann in „tagesschau.de“ am 28.06.2018 URL: <http://www.tagesschau.de/ausland/eu-gipfel-merkel-103.html>

Reinhard Forst fordert Anstand und Mitmenschlichkeit ein.

Es darf doch nicht sein, dass jemand, der in einem anderen Land schon Sicherheit gefunden hat, nicht gleich an der deutschen Grenze abgewiesen werden kann.

So oder so ähnlich wird zur Zeit häufig argumentiert. Der Gedanke, der hinter der Aussage des ersten Satzes steht, ist in der Tat auf den ersten Blick plausibel. Es ist die Kernidee des sogenannten Dublin-3-Verfahrens. Eines kann man aber mit Sicherheit sagen: Kein Bulgare, Grieche, Italiener oder Spanier wird diesen Gedanken entwickelt haben. Es war mit Sicherheit ein cleverer Mitteleuropäer. Die Flüchtlinge kommen von Süden. Also finden sie dort zuerst Sicherheit. Würden wir in Griechenland leben mit den gleichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und sehen, wie uns unsere europäischen Partner im Stich lassen, ich glaube, die Wut und Enttäuschung wären noch größer als jetzt bei vielen Griechen.

Und was ist Sicherheit? Was ein Pakistani, der nach Bulgarien abgeschoben wurde, weil er dort Sicherheit gefunden hatte (von dem dort zum ersten Mal sein Fingerabdruck genommen worden war), dort erlebt hat, teile ich Interessenten gerne mit.

Ich habe keine einfache Lösung. Ich weiß nur, dass neben Klugheit auch Anstand und Mitmenschlichkeit dazugehören müssen. Differenziertes Denken hat es momentan schwer. Diejenigen, die einfache Lösungen zum Wohle ihres Landes anbieten und wenig Skrupel kennen – wie Orban, Trump oder Salvini – haben Konjunktur.

Quelle: *Oberhessische Presse vom 28.06.2018 (Leserbrief)*

Reinhard Forst hat seine Erfahrungen im Arbeitskreis Asyl Amöneburg gewonnen. In der "Initiative Afghanisches Hilfswerk" (IAH) e.V., einem gemeinnützigen Afghanisch-Deutschen Verein, setzt er sich seit Jahren für Bildung, Frauenrechte, Fortschritt, Demokratie und Verbesserung der Lebensbedingungen von Afghanen in Afghanistan und Pakistan ein.